

Fachkonferenz "Polizeidienststellen und Moscheevereine: Prävention, Kooperation, interkulturelle Kompetenz", Stuttgart 2005

Bundeszentrale für politische Bildung (bpbb) und Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Podiumsdiskussion: Wie kann die Zusammenarbeit zwischen muslimischen Gemeinden und der Polizei organisiert werden? – Erwartungen, Erfahrungen, Perspektiven

Teilnehmer

Dr. Kuno Böse, Senator a.D., Freie Universität Berlin

Bekir Alboga, Dialogbeauftragter Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion/DiTiB, Mannheim

Stefan Weis, Stabsbereichsleiter Einsatz der Polizeidirektion 5, Berlin

Prof. Dr. Joachim Kersten, FH Polizei Baden-Württemberg

Dr. Michael Kiefer, Islamwissenschaftler, Düsseldorf

Moderation:

Dr. Nicola Balkenhol, Deutschlandfunk, Köln

Balkenhol:

Unser Thema lautet „Wie kann die Zusammenarbeit zwischen muslimischen Gemeinden und der Polizei organisiert werden. Erwartungen, Erfahrungen und Perspektiven“. Ich will gleich anfangen ohne große Vorrede mit Herrn Alboga. Herr Alboga, Sie sind Islamwissenschaftler und arbeiten bei der größten Dachorganisation der Muslime in Deutschland, kurz bei DiTiB. Dort sind Sie Beauftragter für den interreligiösen Dialog und die interkulturelle Forschung. Sie haben Ende September teilgenommen an einem Gespräch mit Vertretern des Bundeskriminalamts und des Verfassungsschutzes. Auch da war schon die Rede über eine mögliche Kooperation in Sicherheitsfragen. In welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht eine solche Zusammenarbeit möglich, und wie genau könnte sie aussehen?

Alboga:

Es ist eigentlich gar nicht kompliziert. Als ich z.B. die Einladung bekam von Berlin, ob wir als DiTiB an diesem Gespräch teilnehmen wollten, hat unsere Leitung, unser Präsident sofort gesagt, ja wir beteiligen uns und versuchen, uns mit unseren Ideen dort einzubringen. Also, es ist ganz einfach, dass beide Seiten offen sind. Wenn auf beiden Seiten Offenheit besteht, kann man auch die Arbeiten sehr unkompliziert erledigen. Wenn angenommen die Polizei auf lokaler Ebene muslimische

Bewohnerinnen und Bewohner aufklären möchte, informieren möchte: da gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder man schreibt an die Verwaltung (ich spreche jetzt für DITIB) die Hauptverwaltung in Köln und sagt, wir möchten in Stuttgart mit Ihrer Moscheegemeinde, mit Ihrem Moscheeverein ein gemeinsames Aufklärungsseminar durchführen. Könnten Sie uns dabei mit einem Brief unterstützen. Der Präsident könnte einen Brief schreiben an die lokale Vereinigung, und da wäre für die Polizei der Weg geebnet. Oder man könnte unmittelbar den Verein vor Ort anfragen, und der Verein fragt dann die Dachorganisation, und Sie können mit 100 %iger Sicherheit davon ausgehen, dass das grüne Licht gegeben wird. Oder wenn die muslimischen Dachverbände bzw. die muslimischen lokalen Verbände den Dialog mit der Polizei oder mit den Sicherheitskräften suchen, dann können sie natürlich auch die gleichen Wege gehen: einmal können sie die Dachorganisation um Unterstützung bitten, von Köln aus mit Bundes- und Landeskriminalämtern und Verfassungsschutzämtern in Kontakt zu treten und zu sagen: da ist ein Wunsch von unserem Mitgliedsverein, und wir würden uns freuen, wenn Sie ihnen auf lokaler Ebene Unterstützung geben könnten. Oder sie können unmittelbar auf lokaler Ebene mit der Polizeistelle Stuttgart oder in ihrem Stadtteil in Kontakt treten und sagen, wir möchten, dass Sie unsere Mitglieder aufklären über Ihre Art und Weise der Arbeit. Es wurde z.B. hier darüber gesprochen, dass man in den Moscheen die Frauen nicht auf den ersten Blick sieht. Da ist mir sofort die Idee gekommen (ich versuche jetzt sozusagen auch Projekte für interreligiösen Dialog, aber auch interkulturellen Dialog zu entwickeln), wenn wir nicht auf den ersten Blick die muslimischen Frauen in der Moschee sehen können, dann könnten die Moscheevereine Polizistinnen dazu gewinnen, den muslimischen Frauen, die in den Moscheen vielleicht nicht im Vordergrund stehen, aber im Hintergrund grundsätzlich wirken, die Bedeutung der Arbeit der Polizei, die Bedeutung der Prävention usw. zu erklären und dass dann diese Frauen, die meistens Mütter sind, diese Informationen an ihre Kinder weitergeben können. Ein weiteres Zusammenarbeitsfeld wäre ohne Zweifel die Schule. Auch über die Schule könnte man die junge Generation erreichen. Ich will es erst einmal dabei bewenden lassen. Das ist keine komplizierte Arbeit, wenn man will und wenn auf beiden Seiten Offenheit besteht und wenn man zueinander Vertrauen hat. Man kann Vertrauen auch gewinnen, man kann Vertrauen stiften, indem man zunächst mal der Moscheegemeinde einen Brief schreibt und sagt, wir möchten einfach mal Ihre Gastfreundschaft genießen und möchten Sie besuchen zu einem Glas Tee.

Balkenhol:

Eine Nachfrage zu dem Gesprächsprojekt mit dem Bundeskriminalamt und dem Verfassungsschutz. Daran nimmt ja z.B. Milli Görös nicht teil, und zusammen mit dem Islamrat haben Vertreter der beiden Gruppen gesagt, wir möchten auch nicht daran teilnehmen, denn wir sehen nicht, dass das Gespräch irgendetwas daran ändert, dass Moscheen eigentlich unter einem Generalverdacht stehen, und dem möchten wir keinen Vorschub leisten. Finden Sie das gerechtfertigt, sehen Sie das als Problem oder geben Sie bitte mal eine Bewertung.

Alboga:

Ob wir das wünschen oder nicht, es ist leider ein Generalverdacht entstanden. Und ich denke, indem die Muslime sich abschotten, die organisierten muslimischen Vereine sich zurückziehen, können sie den Generalverdacht auf keinen Fall abschaffen, sondern indem sie ihre Bereitschaft signalisieren und ihre Offenheit praktizieren. Wir sind bereit, wenn es um die innere Sicherheit Deutschlands geht, da wir auch Bürger dieses Staates sind, unseren Beitrag zu leisten. Das war auch eine

Grundsatzentscheidung, als die deutsche Öffentlichkeit von uns erwartet hat, von den Muslimen, geht auf die Straße und verurteilt den Terrorismus und Terror. Alle muslimischen Dachorganisationen, fast ohne Ausnahme, haben schriftlich den Terrorismus und Terror schriftlich verurteilt. Aber das gelangte immer noch nicht an die breite Masse der Bevölkerung in Deutschland, diese Verurteilungen haben nicht viele Menschen an der Basis erreicht. Dann haben wir gesagt, wir gehen auf die Straße. Das war eine Grundsatzentscheidung von DITIB, die anderen Organisationen wollten nicht auf die Straße gehen, um den internationalen Terrorismus zu verurteilen. Wir haben gesagt, wenn unsere schriftlichen Verlautbarungen und Verurteilungen die Gesellschaft nicht erreichen, dann gehen wir auf die Straße und zeigen in aller Deutlichkeit, dass wir dagegen sind. Und es ist auch so eine ähnliche Vorgehensweise, wenn wir eingeladen werden zur Zusammenarbeit, sind wir bereit, zusammenzuarbeiten, um nicht den Generalverdacht zu verstärken, sondern zur Entstehung normaler Verhältnisse in Deutschland beizutragen.

Balkenhol:

Herr Böse, Sie waren 1995 bis 2000 Innenstaatssekretär in Berlin, anschließend in der Großen Koalition in Bremen CDU-Innensenator, inzwischen beschäftigen Sie sich an der Freien Universität Berlin mit der Sicherheitsforschung. Was halten Sie von diesen vertrauensbildenden Maßnahmen, über die man nachdenkt auf recht hoch angesiedelter Ebene, wie sie zwischen den deutschen Sicherheitsbehörden und einigen Vertretern der Muslime in Deutschland jetzt geplant sind?

Böse:

Zunächst mal ne ganze Menge. Das muss sein, dass auf dieser Ebene solche Gespräche stattfinden. Ich habe auch früher in den Funktionen, die Sie genannt haben, solche Gespräche geführt, mit der Türkischen Gemeinde, mit der Kurdischen Gemeinde, mit anderen. Aber das Ergebnis war etwas ernüchternd. Was gut rüberkam nach den Ereignissen in Berlin, wenn Sie an die 90er Jahre denken, dass die Medien darüber berichtet hatten, und das hatte eine gewisse Wirkung in die Öffentlichkeit hinein. Aber praktisch ist wenig geschehen. Deswegen finde ich dieses Projekt so interessant, dass es vor Ort und konkret mit den Muslimen, wie sie in den Moscheevereinen organisiert sind, zusammenarbeitet, wie im Präventionsbereich überhaupt. Man kann viel über Prävention reden, aber eigentlich ist es wichtig, dass man vor Ort etwas macht. Und das ist der richtige Ansatz. Natürlich ist das symbolhaft, wenn man, was ja auch durch alle Medien gegangen ist, auf der Ebene der Bundeskriminalamts, des Verfassungsschutzes mit den Vereinen redet. Das ist ein Zeichen nach beiden Seiten: das ist gewollt, aber ich glaube, das ist es dann auch schon weitgehend. Ich stimme mit Herrn Hetger überein, dass wir das Thema aus einer Extremismus- oder sogar Terrorismusfurcht, siehe die letzten Ereignisse, nicht außen vor lassen können. Der Druck der Öffentlichkeit ist einfach so groß, dass wir nicht sagen können, wir machen jetzt dieses, und mit dem anderen beschäftigen wir uns nicht. Das muss ein Thema sein, vor allem wenn Sie an die Diskussion im Juli denken, wo nach London ja viele führende Muslime gesagt haben, wir haben eine Bringepflicht gegenüber der deutschen Öffentlichkeit, was ich sehr gut finde. Und natürlich muss man auch sehen, wie man in dieser Zusammenarbeit auf der Ebene des Staatsschutzes weiterkommt. Aber das Wichtige für mich ist, dass die Kriminalprävention stattfindet, so wie sie hier dargestellt wurde. Das Thema „Häusliche Gewalt bei Migranten“ durften Sie vor wenigen Jahren gar nicht thematisieren, weil Sie sofort ein Ausländerfeind waren. Dabei wussten die Polizisten

ja doch, was dort geschieht, wie natürlich in deutschen Heimen und Wohnungen auch, und Sie werden wissen, was für Auswirkungen das ja auch gehabt habt, bis zu Tötungsdelikten. Es ist wichtig, dass das Thema Jugendkriminalität angegangen wird und andere Fragen, die mit Kriminalprävention zusammenhängen, Waffenrecht ist genannt worden.

Ich will mal kurz auf das zurückkommen, was Herr Weis gesagt hat. Ich habe das ja eng begleitet, manches auch angeregt, was in Berlin passiert ist. Ich kann verstehen, wenn ein Berliner Polizist sagt, was sollen wir denn nun noch machen. In der Tat gibt es seit vielen, vielen Jahren diese Arbeitsgruppe Ausländer, es ist viel gemacht worden. Was denn nun noch? Ich glaube, es ist sehr gut übergekommen, wie dieses „Was denn nun noch“ aussehen kann. Man kann vielleicht auch ein wenig frustriert sein darüber, dass bei all den Kontakten, die ja bestanden, man ernüchtert nach vielen Jahren auch sagen muss: die Jugendkriminalität in diesem Bereich ist nicht deutlich zurückgegangen, sie ist sogar gestiegen. Und das, obwohl sogar viele Polizisten, die für ein ganz bestimmtes Gebiet zuständig waren, gute Kontakte hatten zu Familien mit Migrationshintergrund und auch zu Moscheevereinen. Also es gab viele Kontakte, es gab Gespräche, es gab Zusammenarbeit. Es muss auch qualitativ gemacht werden, wozu man sicherlich einen langen Atem braucht, was aber auch messbar ist. Denn sonst geraten wir in eine Problemlage, auf die ich jetzt zu sprechen kommen will: soziale Prävention. Ich war einmal der Meinung, Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe. Da bin ich immer noch dieser Meinung. Aber als jemand, der ja auch für die Kräfteverhältnisse bei der Polizei zuständig war, habe ich gesagt, die Polizei ist dabei, aber nicht an vorderster Front. Denn was haben wir in den letzten zehn Jahren für Stellenstreichungen hinter uns. In Berlin sind 70 000 Polizistenstellen gestrichen worden. Heute weiß ich nach einem Jahrzehnt Erfahrung, dass es ohne Polizei nicht geht. Dass auch andere Institutionen, die Schulverwaltung, die Jugendverwaltung, die Sozialverwaltung und wie sie alle heißen, mitarbeiten müssen, ist richtig, sie müssen in die Pflicht genommen werden, aber wenn die Polizei nicht Motor ist, dann bleibt das irgendwann hängen und liegen. Ich fand das sehr schön, dass Frau Lima Curvello vorhin gesagt hat, sie habe noch nie mit einer Institution zusammengearbeitet, die so ziel- und ergebnisorientiert war, wie die Polizei. Das ist richtig. Sie reden nie ideologisch herum wie wir Politiker, sondern sie haben eine Aufgabe zu erledigen, sie haben ein Problem vor Ort. Und dieses Problem brennt, und deswegen muss meiner Ansicht nach die Polizei bei dieser sozialen Prävention der Motor sein. Und da muss etwas dabei herauskommen, worüber auch wir bisher nur reden, aber eigentlich substanziell nicht weitergekommen sind: Nicht-Integration. Wenn Sie an die politische Diskussion denken in der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz, da wurde das Wort Integration in viele Mäuler genommen. Aber was es denn heißt, was man darunter versteht, darüber hat man keine Einigung gefunden. Und gerade Frankreich zeigt, dass Integration nicht nur Spracheerwerb ist. Die Jugendlichen, um die es geht in Frankreich, die sprechen französisch wie die Franzosen. Das haben sie, wenn sie aus dem Maghreb gekommen sind, auch schon in ihrem Heimatland gekonnt, aber sie sind ja auch meistens in Frankreich geboren. Sprache ist die Voraussetzung, aber es ist nicht das Ziel der Integration. Wie kann man Integration herbeiführen. Ich will jetzt keine Definitionsdiskussion hier lostreten. Aber ich glaube, sie entsteht durch diese Kontakte, und wenn man dann mit diesen Moscheevereinen beginnt und mit anderen weitermacht, schrittweise aufbaut, Beispiele setzt, wie man zusammenarbeiten kann,

dann, hoffe ich jedenfalls, geht es auch weiter. Und dieses Ziel, das vielleicht in der Diskussion noch etwas vertieft werden kann, müssen wir vor Augen haben.

Herr Kersten, ich habe mich vorhin nicht gemeldet nach Ihrem Wortbeitrag in der Diskussion, aber jetzt möchte ich es gerne sagen. Sie haben gesagt, diese dummen Journalisten, die da fragen „Kann das auch in Deutschland passieren?“ Wie kann man nur. Es ist doch alles ganz anders. - Aber warum? Natürlich kann das passieren, vielleicht nicht jetzt. Zwar sind die Situationen anders, die leben in der Peripherie, in den Schlafstädten von Paris. Aber da wohnen sie zumindest nicht wie in Kreuzberg, Neukölln oder Berlin-Moabit, Wedding für sich weitgehend isoliert, sondern sie wohnen dort mit den Franzosen zusammen. Die sind auch an den Rand gedrängt. Das ist eine soziale Frage in Frankreich. Eine soziale Frage, die sich in Deutschland entweder jetzt schon oder künftig auch so stellen wird: Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, in den Schulen. Herr Weis hat es vorhin gesagt: in Neukölln-Nord haben Sie 80 bis 90% Ausländerkinder in der Grundschule. Man kommt zu spät in die Schule rein, wird zu spät eingeschult, weil man von der Familie nicht genügend sprachliche Fähigkeiten mitbekommen hat. In der Schule wird der Unterricht teilweise mit Sprachmittlern durchgeführt, man stelle sich das vor. Häufig wird die Schule nicht abgeschlossen, die Hauptschule, man bekommt keine Lehrstelle. Ja, was ist das denn anderes als das, was in Frankreich als soziales Problem läuft. Und damit will ich schließen. Wer sich ein bisschen mit der Geschichte des Islamismus befasst hat, der kommt irgendwann auf Ägypten und auf die Moslebrüder. Das waren soziale und keine religiösen Probleme. Danke.

Balkenhol:

Das sind ja eine ganze Menge Dinge, über die wir sofort in die Diskussion eintreten könnten. Ich möchte aber trotzdem jedem die Gelegenheit zu einem Wortbeitrag geben und möchte Herr Kiefer bitten: Sie sind ja auch Islamwissenschaftler und begleiten den Schulversuch Islamkunde in Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich. Außerdem sind Sie an ganz konkreten Integrationsprojekten in Düsseldorf beteiligt. Gibt es in Ihrem Viertel, in dem Projekt, wo Sie arbeiten, eine Sicherheitspartnerschaft zwischen muslimischen Gemeinden, Verbändevertretern und der Polizei und wie sieht die aus oder gibt es das nicht und sie hätten es gerne?

Kiefer:

Also ich arbeite in Düsseldorf-Bilk in einem Wohnquartier, das eine ehemalige Industriebrache ist, die Mitte der 90er Jahre mit Sozialwohnungen zugebaut wurde. Dort leben ungefähr 1 200 Familien. Die größte Einwanderergruppe sind Marokkaner, eine Gruppe, mit der wir nicht gut zurechtkamen, weil der Zugang zu dem Familien recht schwierig war. Das waren überwiegend berbophone Marokkaner, also keine Araber, die auch eine gewisse Staatsferne haben, d.h. zum Beispiel, wenn sie eine Polizeiuniform sehen, dann ist erst mal Ende. Das hat traditionelle Gründe, es hängt mit der Geschichte Marokkos zusammen, dass die Berber mit der jeweils herrschenden Regierung nicht immer die besten Erfahrungen gemacht haben, und diese Tradition hat man mit hierher gebracht. Die haben keine Kooperation mit einer Moscheegemeinde. Unsere Moscheegemeinde, die wir vor Ort haben, die ist schwierig. das was sie als Bildung vermittelt, ist von unserer Seite aus nicht zu unterstützen. Wir haben aber Kooperationspartner gefunden bei nicht islamisch ausgewiesenen Marokkanern, die vor Ort unsere Arbeit in den Vereinen mit unterstützen. Wir haben eine Grundschule und eine Gesamtschule als

Kooperationspartner gefunden, die sehr eng mit uns zusammenarbeiten. Es gibt dort einen regelmäßigen Austausch über die Probleme. Und es ist uns gelungen, vor drei Jahren relativ viel Geld zu besorgen für ein ganzes Bündel individuell zugeschnittener Hilfsmaßnahmen für die Familien. Ein Beispiel ist die Sprachförderung. Wir haben im Primarschulbereich Kleingruppenförderung eingeführt. Am Nachmittag unterrichten zwei ausgebildete Sprachlehrerinnen jeweils fünf Kinder. Sie sehen also, der Personalaufwand ist recht groß für recht wenige Kinder, und es hat sich gezeigt, dass diese Form der Förderung, wenn sie in der ersten Klasse einsetzt, die Sprachprobleme sehr zügig beseitigt und die Kinder bereits nach vier Monaten die Alphabetisierung in der Klasse erfolgreich mitgestalten können. Wenn die Förderung später einsetzt, wird es viel schwerer. Was ich damit sagen will: Wenn die Akteure in den Wohnquartieren, die Jugendhilfe, die Träger der Gemeinwesenarbeit und die anderen vor Ort tätigen Agenturen staatlicher oder nichtstaatlicher Hilfe frühzeitig zusammenarbeiten, dann kann es gehen, dann kann man auch relativ zügig Erfolge erreichen. Man braucht dazu übrigens nicht immer die Moscheevereine, manchmal sind sie schädlich in diesen Kontexten.

Balkenhol:

Gibt es denn in diesem Quartier, in dem Sie tätig sind, Herr Kiefer, Jugendkriminalität erheblichen Ausmaßes, so dass Sie da schon mal intervenieren mussten.

Kiefer:

Es gab Mitte der 90er Jahre relativ viele Eigentumsdelikte, die aber in den letzten Jahren zurückgegangen sind, so sagt es uns jedenfalls die Polizei. Ich glaube, die Kriminalität ist mittlerweile nicht höher als andernorts im Stadtgebiet

Balkenhol:

Herr Weis, ich würde Sie gerne mal fragen, haben Sie denn bei den Moscheevereinen, mit denen Sie zusammengearbeitet haben, Vorbehalte erlebt in Richtung, mit der Polizei kooperieren wir nicht so gerne, weil wir befürchten, von unseren Landsleuten als potenzielle Anschwärzer aufgefasst zu werden?

Weis:

Das kann ich ganz und gar nicht so bestätigen. Ich habe vorhin schon angedeutet, dass wir glaubhaft auf offene Ohren und offene Augen gestoßen sind, und ich glaube, dass die Kooperationspartner von selbst sehen, welche Verantwortung sie mittragen können und sollten, gerade hinsichtlich der Jugendkriminalität, die ja bei uns besonders stark ausgeprägt ist in den Bereichen Raubdelikte, Sachbeschädigung, Drogendelikte und dergleichen. Das glaube ich nicht, sondern ich glaube, es sind die eigenen Wahrnehmungen, durch die unser Projekt dort auf fruchtbaren Boden stieß, in die Gemeinde hineinzuwirken in dem gemeinsamen Anliegen von Polizei und Moscheeverein, auch wenn nur die erwähnten 15 % zu erreichen sind. Also das habe ich zumindest nicht festgestellt.

Balkenhol:

Dann gilt dieser Generalvorwurf, der z.B. von Milli-Görös-Vertretern gegenüber dieser großen Zusammenarbeit mit Staatsschutz und den Bundesbehörden geäußert wurde, dass die Moscheen unter einem Generalverdacht stehen, bei der kleinen Ebene nicht. Sehe ich das richtig?

Weis:

Wir haben ja nicht mit Milli Görös an einem Tisch gesessen. Aber ein Punkt in meinem Vortrag lautete: Der Nutzen. Und da war von mir formuliert, der Diskussionsprozess mit den Moscheevereinen führt zu einer differenzierteren Wahrnehmung. Und das ist auch ein Anliegen unter anderem von uns, wir wollen schon, wenn er denn besteht, diesen Generalverdacht gegen Moscheen, wie vorhin formuliert wurde, durch die einzelnen Kooperationen und durch die einzelnen auch öffentlich dargestellten Projekte differenziert wahrgenommen sehen und ich denke, dass man wirklich nur mit dieser Arbeit vor Ort, allerdings dann auch mit der erforderlichen Öffentlichkeitsarbeit, dies transportieren und differenzierter vermitteln kann.

Balkenhol:

Herr Kersten, Sie sind eben von Herrn Böse angesprochen worden auf die Sache mit den Journalisten und der dämlichen Frage danach, ob das hier denn auch passieren kann, was in Frankreich gerade passiert und der ebenso dämlichen Antwort von vielen Politikern darauf, die sich dieser Frage unterwerfen. Herr Böse hat gemeint, so sei es überhaupt nicht, sondern das sei ein bisschen anders. Irgendwie könne das bei uns schon passieren, wenn auch nicht genau so, weil hier eben nicht Frankreich ist. Jetzt haben Sie Gelegenheit zu antworten.

Kersten:

In der Hektik des Tages habe ich das vielleicht etwas verkürzt ausgedrückt. Aber was ich damit meinte ist, Polizisten müssen sich erst den Sachverhalt aneignen, bevor sie entscheiden, muss ich jetzt auf der Rechtsbasis tätig werden, gibt es hier Strafverfolgung, Opferschutz, oder kann man hier kommunikative Strategien anwenden. Vielleicht habe ich da durch Betriebsblindheit in zehn Jahren schon zu viel übernommen. Ich vermisse bei dieser Frage, ob das bei uns auch passieren kann, Seriosität, das sage ich ganz offen, und bei den Antworten auch. Seriöse professionelle Arbeit, darunter verstehe ich, dass ich mit den Mitteln, die ich in meinem Beruf habe, mich so einer Frage stelle. Ich habe nur gesagt, es gibt bornierte Journalistenfragen, und es gibt bornierte Politiker-Antworten. Dazu stehe ich auch, ich nehme mir das aus raus, als jemand, der selber kritisiert wird, Leute aus einer anderen Zunft zu kritisieren. Es ist eine Entsetzenslust, die da bedient wird und eine Freude an der Angst. Und das ist gegenseitig. Und auch wenn das jetzt hier in diesem Falle nichts nutzt: ich sehe es auch als meine Aufgabe an, in solchen Fällen, zu sagen: Moment, was haben wir hier, was liegt da vor und wie vergleichen wir das. Und wenn man Journalist ist oder Journalistin ist, muss man in der Lage sein, politische Verhältnisse in Deutschland und Frankreich zumindest grob zu unterscheiden und dann erst zu vergleichen, sonst gibt es ja das Bertelsmann-Konversationslexikon, und das können dann auch Politiker zu Rate ziehen. Also: um es noch einmal deutlich zu machen. Die Frage ist als solche berechtigt, dass Leute sagen: kann das bei uns passieren, das finde ich auch berechtigt. Aber wenn man den Sachverhalt vergleicht, ich hatte ja gesagt, seit Januar 2005 sind 30 000 Autos verbrannt und 9 000 Polizeiautos angegriffen worden, ja das ist doch was anderes. Das haben wir in Deutschland nicht. Darauf kann man doch mal antworten, anstatt zu sagen: ja, die Bedingungen liegen auch vor. Das ist so als wenn man sagt, wenn im Mittelmeerraum die Wälder abbrennen, kann das bei uns auch passieren, bei uns gibt's auch Wald, und es gibt auch mal längere Phasen, wo es trocken ist, und es steht auch nicht überall ein Feuerwehrmann rum. Es ist eine Unart, so ein Ereignis, das schrecklich ist, zu benutzen, um zu sagen: Ja, das kann uns auch passieren. Es ist etwas anderes. Natürlich haben die türkischen Migrantenkinder - zweite, dritte

Generation - ein massives Problem im Bildungsbereich, das habe ich übrigens in meinem Vortrag auch erwähnt, und auch bei der Übernahme in
Ausbildungsverhältnisse. Aber ich werde in Deutschland aufgrund meines Namens nicht so diskriminiert wie in Frankreich, ich werde in Deutschland aufgrund meiner Hautfarbe nicht so diskriminiert, wie ich in den USA aufgrund meiner Hautfarbe diskriminiert würde. Und das ist etwas, was ich als deutscher Sozialwissenschaftler, der vielleicht aus einer ganz anderen Ecke kommt als Sie, Herr Böse, feststellen muss. Und ich finde es o.k., sich auch hier so auszutauschen, wenn ich das so verkürzt gesagt habe. Ich sehe das so, ich bin wirklich nicht stolz, Deutscher zu sein, ich würde mir das auch nicht auf die Jacke nähen. Aber in so einem Rahmen, wo wir hier zusammensitzen, sage ich so etwas. Ich sehe diese Unterschiede. Und ich finde seriöse Politik und seriöser Journalismus müssen solche Sachkenntnisse einbeziehen. Das war das, was ich sagen wollte.

Balkenhol:

Gibt denn das nicht Anlass, Herrn Böse noch einmal die Möglichkeit zu geben, darauf zu antworten? Aber um das auch leicht zu lenken, ist das nicht eine Gelegenheit, das schreckliche Geschehen in Frankreich als Thema bei uns zu platzieren und gerade auch als Thema bei uns in den Medien zu platzieren: Was kann Prävention da erreichen, um da bisschen vorzubauen und auf der Welle mitzuschwimmen, sonst haben wir mit dem Thema Integration ja nicht allzu viel medialen Wirkungsgrad.

Böse:

Ich kann das alles gut verstehen, was Sie sagen, Herr Kersten. So habe ich es aber auch gar nicht gemeint. Sondern ich wollte vorschlagen, sich mit der tatsächlichen Situation in diesen Kiezen (ich beziehe mich mal auf Berlin) zu beschäftigen. Das macht nämlich kaum jemand. Wir haben in Berlin-Kreuzberg in den 90er Jahren die sogenannten Türken-Kids gehabt, die am 1. Mai Schaufensterscheiben zertrümmert und auch sonst alles mögliche angestellt haben. Sie durften nur nicht sagen, dass das Türken-Kids waren. Die Grenze der political correctness hat das verboten. Erst seit der Spiegel über die Türken-Kids berichtet hatte, durften Sie auch über die Türken-Kids reden. Sie durften früher auch nicht sagen – das ist noch gar nicht so lange her – dass es Parallelgesellschaften gibt, dass es Ghettos gibt. Dieses Wort, deswegen musste ein Berliner Innensenator beinahe mal zurücktreten, können Sie heute nennen. Ich meine, die Grenze der political correctness verschiebt sich. Wir haben ein Problem auch in unserem Lande. Vielleicht in allen Großstädten, vielleicht muss man aber differenzieren, in Berlin haben wir das, in Bremen haben wir das auch, und wie gehen wir damit um. Reflexartig kommt von den gerade politisch Verantwortlichen, da teile ich Ihre Bewertung, Herr Kersten: Nein, das kann bei uns nicht passieren, das ist bei uns alles in Ordnung, um Gottes Willen redet nicht so was herbei. Reflexartig kommt von der Gegenseite noch mal Feuer rein. Ich meine, dass man anhalten sollte und für das, was in Frankreich im Moment passiert und nur partiell vergleichbar ist, da gebe ich Ihnen ja durchaus recht, die Momente herausarbeitet, die wirklich vergleichbar sind, und sich ansieht, was denn dort für eine soziale Situation besteht. Es gibt diese Institution des Sozialatlas, der alle vier oder fünf Jahre herauskommt, und der ganz genau sagt, was in den Kiezen, in den Stadtteilen, den Innenstädten los ist. Die Folgerungen in einer Stadt wie Berlin, ich glaube 1999 ist der vorletzte herausgekommen, sind fast null. Der wurde veröffentlicht, es stand einmal in der Zeitung, es wurde erwähnt, dann war es aus. So meinte ich das, dass wir uns in einem richtig verstandenen Sinne, nicht ideologisch,

von mir aus auch nicht politisch, mit diesen Problemen beschäftigen. Denn diese Probleme drohen in Deutschland genau so zu eskalieren und zu bersten, wenn wir nicht alle zusammen etwas tun. Und das ist etwas, was mich manchmal richtig verrückt macht. Bei uns passiert immer erst etwas, wenn etwas passiert. Wenn wir darauf warten, dann warten wir, bis es passiert. Aber man kann ja auch vorher etwas tun. Und insofern ist das, was hier diskutiert wird, genau das Richtige, weil es vorher gemacht wird, weil es Prävention ist, und weil es ein richtiger Ansatz ist. Das wollte ich damit sagen.

Balkenhol:

Herr Weis direkt dazu.

Weis:

Wenn es mir gestattet ist, eine kurze Ergänzung zu den Entwicklungen in den letzten Jahren zu geben. Herr Dr. Böse hat den 1. Mai angesprochen. Auch da hat es ja Entwicklungen gegeben, die aus meiner Sicht sehr positiv sind. Wir haben in den Jahren 1996 bis 1999, wenn auch in sehr unterschiedlicher Verantwortung, zusammengearbeitet. Es ist in den letzten drei Jahren durch die Zusammenarbeit mit dem Bezirk und mit dem Kiez dazu gekommen, dass die Bewohner, die Gewerbetreibenden in SO 36, dem klassischen Kreuzberger Bereich, der in den letzten Jahren immer mit den bekannten Bildern durch die Medien gegangen ist; einfach die Schnauze voll hatten, dass ihr Kiez vor ihrer Tür zusammengeschlagen und kaputtgemacht wird. Da hat eine Entwicklung im Kiez stattgefunden, und, das muss ich in diesem Sachzusammenhang heute auch sagen, es ist in der Zusammenarbeit auch mit den Migrantenvereinen in den letzten zwei, drei Jahren eine Menge passiert. Wir haben die Türken-Kids und die arabischen Kids über die Migrantenvereine, über die Sportvereine zu einem Gutteil erreicht, so dass die Ausschreitungen, zumindest was diese Klientel betrifft, an den letzten Tagen des 1. Mai zurückgingen. Wir haben auch andere positive Entwicklungen, und wir haben vor allen Dingen – das will ich nicht allein der Polizei auf die Fahne schreiben – in anderen Netzwerken positive Beobachtungen, wo wir nicht die Initiatoren sind, sondern von den anderen Verantwortungsträgern mit an den Tisch geladen werden. Aber im Hintergrund müssen wir immer wieder den Transmissionsriemen spielen. Das ist leider noch so, und das wird vielleicht noch eine ganze Weile so bleiben. Aber wenn das so funktioniert, und bei dem „Maifest“, wie es sich nennt: (Netzwerk „Myfest“ mit My geschrieben), hat es die letzten Jahre funktioniert, dann ist auch da ein Erfolg zu sehen in der Erfassung der Probleme. Auch der Bezirk, die Jugendarbeit, die Bezirksbürgermeisterin, die politischen Parteien in diesem Bezirk sagen jetzt ganz offen, wo die Probleme liegen und welche Ursachen gesehen werden – um bei diesem Beispiel 1. Mai zu bleiben. Also es wird inzwischen offen darüber gesprochen und das Problem wird gemeinsam angegangen. Und da schließt sich für mich der Kreis wieder. Es gibt auch einen Beschluss der Arbeitsgruppe „Netzwerk Maifest“, die Verbindungen, die untereinander gefunden wurden, ins tägliche Geschäft zu überführen und für die Netzwerke zum Angehen der Probleme zu nutzen, die im Alltag genau so schwerwiegend sind, die nur medial und von der Wirkung her nicht so aufgeblasen werden. Und ich denke, da ist im letzten Jahr eine Menge passiert, und das stimmt einen auch hoffnungsfroh, dass wir in diesem kleineren Teilprojekt TiK auch mit langem Atem einiges bewirken können. Danke.

Balkenhol:

Herr Alboga, Sie wollten soeben schon zu Herrn Böse Stellung nehmen. Jetzt bitte.

Alboga:

Ich wollte zum einen sagen, dass es nicht dabei bleibt, dass wir uns in Berlin getroffen haben, sondern es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, und es wird gut daran gearbeitet. Ich denke, dass der Leitfaden bei der Herstellung des dortigen Handbuchs der Zusammenarbeit auch berücksichtigt wird.

Zweitens: Ich wünschte mir, dass in Deutschland solche Fachkonferenzen auch in anderen Bereichen stattfinden, z.B. war ich gestern in Düsseldorf im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Eine Abgeordnete der Grünenfraktion hat eine Muslimenvertreterin eingeladen, denn dort gibt es jetzt einen Landtagsabgeordneten für Integrationsfragen, und es wird jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet. Alle Fraktionen werden sich daran beteiligen und ein Vertreter der nennenswerten muslimischen Dachorganisationen. Es wird daran gearbeitet, wie man die Integration fördern kann. Wie kann man richtige Integrationsarbeit leisten, von der man immer wieder gesprochen hat. Und da müsste man natürlich auch die Massenmedien, die Vertreter der großen namhaften Massenmedien mit einbeziehen, denn durch gesellschaftliche Diskussionen kann man die Öffentlichkeit in positive wie in negative Richtung engagieren, manipulieren oder aber natürlich auch beruhigen. Wenn wir uns nur an die ganze Diskussion über das Kopftuch erinnern, wie viele Muslime haben sich in die Ecke getrieben gefühlt durch diese unsägliche Diskussion. Aber man müsste über diese Themen in Fachkonferenzen offen und richtig diskutieren, bis man sich am Ende auf eine gemeinsame Arbeitsweise einigen kann. Ich kann solche Fachkonferenzen nur wärmstens an die Adresse der Bundeszentrale für politische Bildung empfehlen und auch andere Verantwortungsträger auf allen Seiten dazu anregen, die für die Integrationsarbeit Verantwortung tragen.

Balkenhol:

Herr Alboga, Sie sprechen die Medien an, benutzen Sie eigentlich Medien, also Sie als Vertreter von DITIB ihre eigenen Medien, um Integration anzustoßen?

Alboga:

Wir versuchen nur durch konkrete Projekte unsere Integrationsarbeit fortzusetzen und zu fördern. Wir haben auch keine Zeitung, keine Zeitschrift, wir haben nur eine Internet-Seite, und da stellen wir unsere Arbeiten vor, von denen wir glauben, dass sie die Integration unterstützen. Und wir haben auch gute Projekte geplant, in den kommenden Jahren wird die Öffentlichkeit auch über diese Arbeiten informiert. Aber wir arbeiten gern an konkreten Projekten, die die Integration fördern. Herr Böse hat ja mit Recht darauf hingewiesen, dass die Sprache die Voraussetzung und kein Ziel der Integration ist. Ich teile diese Meinung von ihm, und wir unterstützen sehr tatkräftig die Deutsch-Sprachkurse. Nachhilfekurse bieten wir fast in allen unseren Mitgliedsvereinen an. Wie die deutsche Sprache halten wir auch den Erfolg in der Schule für eine Voraussetzung zur Integration. Deutschkurse werden angeboten. Ob wir in der Hinsicht ausreichend unterstützt werden von den Verantwortungsträgern, ist eine andere Frage, über die man auch diskutieren sollte. Aber wir machen, was in unserer Macht steht. Nach unseren Möglichkeiten machen wir Integrationsarbeit und sagen: Deutsch lernen, in der Schule erfolgreich sein. Deswegen bieten wir alles, was wir machen können, an: Mathe, Englisch, EDV-Kurse. – Ansonsten: wir betrachten den interreligiösen Dialog auch als ein Integrationskonzept und unterstützen den interreligiösen Dialog, deutschlandweit.

Balkenhol:

Herr Kiefer, das hat inzwischen eine Ebene angenommen, die kann Ihnen nicht behagen, das ist mir völlig klar. Und deshalb jetzt Gelegenheit für Sie, Stellung zu nehmen.

Kiefer:

Herr Alboga, ich habe eine Frage an Sie. Wenn Sie sagen, Sie tun alles für Integration, dann müssen Sie sich doch auch die Frage gefallen lassen, warum ist das so, dass von den 645 Imamen, die in Ihren Moscheen tätig sind, die allermeisten des Deutschen nicht mächtig sind. Man kann fast sagen, die türkische Regierung hat das über einen langen Zeitraum gewollt, dass türkischsprachige Imame nach Deutschland kommen, die dann für fünf Jahre hier bleiben und zurückgehen. Eine Politik, die mit dazu geführt hat, Ihre türkischen Landsleute an die Türkei zu binden, auch sprachlich. Das kann man ja auch noch mal nachlesen in den Beschlüssen Ihres Religionsrates, wo auch darauf hingewiesen wird, dass es Ziel der in Deutschland tätigen Organisationen sein soll, die Landsleute weiterhin an den türkischen Staat zu binden. Wenn Ihnen der Spracherwerb so wichtig ist, dann müssten Sie doch ein außerordentlich hohes Interesse daran haben, dass in den türkischen Moscheen, also auch in Ihren Moscheen, deutsch gesprochen wird, dass die Imame deutsch sprechen können, dass sie z.B. für Kooperationspartner des Wohnumfeldes ansprechbar sind. Das sind sie nämlich im Moment noch nicht, nur mit Dolmetschern ist das möglich. Man muss doch auch sagen, auch auf Ihrer Seite gibt es gravierende Versäumnisse in dieser Hinsicht. Sie können nicht nur den Finger auf die deutschen Behörden oder Institutionen in diesem Feld zeigen und sagen, ihr müsst was tun, sondern der Ball kann zurückgespielt werden auch an Sie. Auch Ihre Organisation, die türkische Regierung steht in der Pflicht, hier endlich Dinge zu ändern, die lange Zeit in eine falsche Richtung gelaufen sind.

Alboga:

Ich danke sowohl für den Applaus als auch für die Fragen und fange mit dem letzten Satz an. Sie müssten wissen als Islamwissenschaftler, der die letzten Entwicklungen verfolgt, dass bei DITIB fundamentale Veränderungen auf dem Wege sind, die man nicht von heute auf morgen in die Tat umsetzen kann und dass man dazu einen gewissen Entwicklungsprozess braucht. Zweitens habe ich keine deutsche Stelle kritisiert. Ich habe nur gesagt, wir bemühen uns und wir möchten dabei unterstützt werden. Ich habe keine Feststellung gemacht, sondern gesagt, wir können uns über die Fragen gern ausführlich unterhalten, wie man uns auf dem Wege der Integration unterstützen kann. Jetzt aber die hauptsächliche Antwort auf Ihre hauptsächliche Frage. DITIB setzt sich dafür ein, dass in Deutschland Imame und muslimische Religionslehrerinnen und Religionslehrer ausgebildet werden mit einem ganz konkreten Projekt in Frankfurt an der Goethe-Universität. Es war zunächst nur eine Professoren-Stelle vorgesehen, jetzt sind es zwei Professoren und ein wissenschaftlicher Mitarbeiter. Wir hoffen, dass diese Initiative von DITIB in vier, fünf Jahren von den Landesregierungen übernommen wird unter der Verantwortung der Universität Frankfurt und dass diese Arbeit in der Regie der Universität Frankfurt fortgesetzt wird. Wir haben nichts dagegen, sondern unterstützen das. Zweitens: die Imame lernten bis vor zehn Jahren nur einen Monat Deutsch in Ankara. Dann lernten sie bis vor kurzem drei Monate Deutsch. Jetzt plant man, dass sie sechs Monate Deutsch lernen, bevor sie nach Deutschland kommen, in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut in Ankara, mit dem deutschen Botschafter und mit dem Verantwortlichen für Religionsangelegenheiten. Ich frage Sie, Herr Dr. Kiefer, haben Sie in Deutschland an den deutschen Universitäten Imame ausgebildet, die wir nicht

angestellt haben? Wir beide haben Versäumnisse. Wir haben als DITIB viele Versäumnisse aufzuweisen, aber ich denke auch, wir dürfen dieses Problem ansprechen und sagen, uns wurde keine Zusammenarbeit angeboten, dass wir gemeinsam mit den deutschen Hochschulen Lehrstühle für islamische Theologie einrichten durften. Jetzt sind wir aber so weit. Wir sagen, wenn Sie uns als Ansprechpartner annehmen als DITIB, sind wir bereit, mit Ihnen gemeinsam Imame in Deutschland auszubilden unter der Voraussetzung, dass man die Frage der Finanzierung löst. Wer finanziert diese Imame? Viele der DITIB-Gemeinden sind finanziell nicht in der Lage, monatlich 2000 Euro an einen Imam zu zahlen. Das ist eine große finanzielle Belastung. Wir können von dem deutschen Staat nicht erwarten, dass der deutsche Staat diese Finanzierung der Imame übernimmt. Also ohne dieses Problem zu lösen und eine klare Antwort auf diese Frage zu geben, können wir nicht darauf verzichten, die Imame aus Ankara zu holen. Diese Imame werden durch und durch gesiebt. Wenn sie dem Prinzip des Säkularismus nicht absolut treu sind, wenn wir nicht sicher sind, dass sie keine Hasspredigten predigen, wenn wir nicht sicher sind, dass diese Imame ein aufgeschlossenes Verständnis vom Islam vermitteln, wird kein Imam an einer DITIB-Moschee in Deutschland angestellt. Was die deutsche Sprache angeht: die Mehrheit der Moscheegemeinden wird noch von der ersten Generation geprägt. Und wir können es dieser ersten Generation nicht antun, in einer Sprache die Predigt zu halten, die diese Generation nicht versteht. Aber es ist nur eine Frage der Zeit. Ich kann mir vorstellen, dass in 20 Jahren die Predigt in der DITIB-Moschee in Deutsch und Türkisch gehalten wird und eines Tages, glauben Sie mir, wird vielleicht nur noch in deutscher Sprache gepredigt, was mit weh tun wird, denn ich betrachte die Pflege der türkischen Sprache als einen Reichtum für Deutschland. Wir geben so viel Geld aus, dass die Kinder Französisch und Englisch lernen, warum sollen nicht unsere Kinder die deutsche und die türkische Sprache gleichzeitig beherrschen. Das ist doch ein Reichtum für Deutschland. Deswegen lassen Sie uns nicht die eine lassen, um das andere Ziel zu erreichen, sondern lassen Sie uns beide Reichtümer gemeinsam pflegen und erwerben.

Kiefer:

Ich finde das, Herr Alboga, sehr beeindruckend, was Sie dargestellt haben. Darf ich mal eine Frage anschließen. Es ist seit langer Zeit eine Forderung, die Ausbildung von Imamen in Deutschland durchzuführen. Würden das die Deutschen denn aushalten? Mal gesetzt den Fall, es gäbe eine Organisation, mit der die Deutschen verhandeln könnten. Es gibt ja keine Organisation, die den Islam insgesamt repräsentiert - würden die Deutschen das aushalten, dass mit dieser Organisation ein Vertrag geschlossen wird, Steuern erhoben werden für den Islam, und Geistliche, die hier an den Moscheen tätig sind, vom Staat ausgebildet werden – so wie mit den Religionsgemeinschaften, den Katholiken, den Protestanten, mit denen es solche staatlichen Verträge gibt. Das ist eine Frage, die ist noch nie in den Medien vertieft diskutiert worden. Aber das ist doch etwas, worum wir uns als Politiker kümmern müssen. Nun hat das Bundesverfassungsgericht festgeschrieben, dass Bildungsangelegenheiten ausschließlich Ländersache sind, aber das muss man in Deutschland ja auch mal zusammenfassen, sonst fangen 16 Länder an zu verhandeln, wenn es denn so weit kommt. Das müsste doch aber ein Diskussionsstoff sein, wenn wir von Islamismus ausgehen und irgendwelche Antworten finden müssen. Es gibt Bemühungen seit vielen Jahren. Die Erfolge sind minimal. Und wir können uns das nicht mehr leisten. Insofern gebe ich Herrn Alboga recht, man müsste viel mehr Veranstaltungen dieser Art machen, man müsste dieses

Thema viel mehr auch in Fachkreisen behandeln und wegkommen von den ideologischen Fragestellungen der Gutmenschen und der Schlechtmenschen, und sich mit solchen konkreten Fragen befassen, auch zusammen mit den Medien. Wenn ein Staatsvertrag mit einem Bund islamischer Religionsgemeinschaften diskutiert werden würde, und es würden Steuern hierfür erhoben, und wir bildeten an unseren Universitäten Imame aus – können Sie sich das vorstellen?

Balkenhol:

Ich würde jetzt ganz gerne Herrn Kersten eine Nachfrage stellen, die sich direkt darauf bezieht und aus ihren Vortrag vorhin resultiert. Da hatten Sie nämlich erzählt, dass Sie mit Ihren Studenten über dieses Thema gesprochen und eine kleine Umfrage gemacht hätten mit dem Ergebnis, manche der Studierenden hätten unerfreuliche Erfahrungen mit Moscheevereinen gemacht. Haben die auch gesagt, was das für eine Art von unerfreulichen Erfahrungen war?

Kersten:

Ja, da habe ich nachgefragt. Es waren abweisende Erfahrungen. Das Anliegen ist vorgetragen worden, und es ist kein Einverständnis erfolgt, sodass man die Maßnahme, die sich nicht gegen die Glaubensgemeinschaft gerichtet hat, sondern bestimmten Verdachtsmomenten, die nicht aus der Luft gegriffen waren, nachgehen wollte, in einer schlechten Stimmung durchführen musste.

Balkenhol:

Ich möchte hier einen kurzen Schnitt machen. Wir haben festgestellt, Integration ist nicht so leicht. Es haben sich viele Gesprächsfäden entsponnen. Polizeiliche Prävention in Zusammenarbeit mit Moscheevereinen ist wichtig, aber auch nicht leicht. Die Moscheevereine selber, auch die muslimischen Verbände sind für uns keine einfachen Partner. Die Politik sollte den Integrationsdiskurs stärker anstoßen, auch das sollte uns im Gedächtnis bleiben. Wichtig ist sicherlich, dass wir einiges streitbares Potenzial haben, das auf Veranstaltungen wie diesen geklärt werden sollte, bevor es einen größeren Diskurs darüber gibt. Ich möchte Ihnen jetzt noch einmal die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen und das Podium direkt anzusprechen.

Pavkovic (Integrationsbeauftragter Stuttgart):

Moscheevereine sind erst mal Vereine, und wie andere Vereine werden sie ehrenamtlich geführt. Manchmal erhalten die Imame ein kleines Gehalt, aber es ist erst einmal ihr ehrenamtliches Bürgerengagement. Das heißt, wo sind die Erwartungen und die Grenzen der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und anderen Akteuren mit Moscheevereinen, was Kriminalprävention und was Integrationsarbeit betrifft. Beteiligung ist wichtig, Qualifizierung ist wichtig. Aber wir müssen auch darüber reden, ob wir nicht zu viel Erwartungen in die Vereinsarbeit hineininterpretieren, die dann enttäuscht werden.

Und zur Frankreich-Diskussion: Wir haben auch in Deutschland sozial benachteiligte Jugendliche, die gewaltgeneigt sind in Cliquen aufzutreten und vielleicht sich auch ethnisch zu organisieren. Sind aber diese Jugendlichen die Zielgruppe oder treten sie in DITIB-Moscheen auf, also haben die Moscheen Einfluss auf diese Risikogruppen in unserer Gesellschaft oder sind sie, wenn sie in einem

Moscheeverein organisiert sind, schon in ein präventives Programm eingebunden. Das ist auch die Frage, die wir diskutieren sollten.

Zu Herrn Böse noch: die Integrationsbeauftragten fordern seit Jahren einen Lehrstuhl für islamische Theologie für den islamischen Religionsunterricht, der notwendig ist für die Ausbildung der Imame in Deutschland. Ich weiß nicht, warum die Politik und die Medien das nicht stärker puschen, denn es ist in unserem Interesse.

Balkenhol:

Wollen wir ein paar Fragen sammeln? Gibt es genug Bedarf?

Frage:

Es stört mich, wenn Jugendkriminalität auf türkische, auf muslimische Jugendliche reduziert wird in diesem Land, weil z.B. die Hamburger Statistiken eindeutig sagen, dass die Aussiedler-Kids das größere Problem sind und nicht die türkischen Jugendlichen. Das ist einfach nicht wahr. Da denke ich, muss man vorsichtig sein, sonst wird es so schnell ideologisch besetzt, nur weil es im „Spiegel“ steht, ist es darum nicht richtiger. Zweitens. Auch diese Begriffe wie „Parallelgesellschaften“, „Ghetto“ und so weiter – nur weil die jetzt überall in der Presse stehen, werden sie auch nicht richtiger, nur weil sie salonfähig werden, ist es nicht wahrer, was sich dahinter verbirgt. Davor würde ich auch warnen. Eine Sache noch: ich habe mir vorhin die Ausstellung über jüdische Einwanderer in Stuttgart angeschaut. Und da kann man dann lesen, woher diese Leute kommen, welche Ausbildung sie haben, wie schnell sie Deutsch gelernt haben und welche Posten sie inzwischen in Deutschland bekleiden. Und es sind alles Leute, die Akademiker sind und die offenbar wenig Probleme gehabt haben, sich hier zu integrieren. Und ich möchte darauf hinweisen, dass wir nicht vergessen sollten, dass Integration oder ein Integrationsproblem nicht nur daher rührt, dass es um Muslime geht, sondern das ist eine Frage, die eine soziale Dimension hat. Danke.

Balkenhol:

Ich denke, Herr Alboga, Sie könnten etwas zu der Frage sagen, ob die Moscheevereine nicht etwas überfordert sind mit den Aufgaben, die an sie herangetragen werden.

Alboga:

Die Moscheevereine kooperieren sehr gern, wenn sie können, d.h. es kann durchaus sein, dass sie überfordert sind, denn es ist in der Tat, wie Sie sagten, eine ehrenamtliche Arbeit, und wir sind aus tiefsten Herzen dafür dankbar, dass diese Menschen, die keinen Hochschulabschluss absolviert haben, in der Lage sind, eine Moschee zu organisieren und die Vereinsarbeit auf Kosten ihrer Gesundheit, ihrer Arbeit, ihrer Familie zu leisten. Man kann ihnen nicht genug danken. Es ist eine präventive Arbeit, die sie dort leisten, denn wenn sie die Jugendlichen erreichen, schützen wir die Jugendlichen vor schlechten Gewohnheiten und Taten. Es kann durchaus sein, dass in manchen Moscheevereinen vielleicht im Vorstand nicht so viele Vertreter der zweiten, dritten Generation vorhanden sind, die der deutschen Sprache mächtig sind. Aber es gibt in diesen Moscheegemeinden, in den Vorständen immer Menschen, die Deutsch können. Man sollte also das Verhältnis so pflegen, dass sie nicht überfordert werden. Aber bitte darum: sie freuen sich, wenn sie angesprochen werden, sie freuen sich, wenn sie im Fastenmonat Ramadan ein

gemeinsames Iftar-Essen zum Fastenbrechen anbieten und dann deutsche Gäste da sind, Vertreter der Kirchen, Synagogen, Politik, Presse usw. Das heißt, wir sollten nicht übersensibel arbeiten, aber schon sensibel damit umgehen. Ich möchte einen weiteren Punkt kurz erwähnen, den wir würdigen sollten: aus diesen Familien aus dem tiefen Anatolien, die höchstens einen Grundschulabschluss haben, haben es immerhin 25 000 geschafft, in Deutschland zu studieren. Das ist eine enorme Leistung. Auch mein Vater und meine Mutter haben nur die Grundschule abgeschlossen. Aber sie haben großen Wert darauf gelegt, dass wir studieren. Und ich bin meinem Vater sehr dankbar, dass er meinen Deutschkurs finanziert hat, sonst hätte ich nicht studieren können. Und Sie wissen, dass jedes Jahr der Prozentsatz der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten unter diesen Migrantenkindern steigt. Aber da ist natürlich noch viel zu tun. Was wir unbedingt als eine wichtige Ressource betrachten sollten, es gibt kaum noch muslimische Familien, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken, alle schicken ihre Kinder zur Schule. Und Kindergärten und Schule sollten neben Bildungsaufgaben auch einige Integrationsaufgaben übernehmen. Und da müsste man nicht an der falschen Stelle sparen. Bildung ist eine Investition in die richtige Arbeit, die Schulen sollten mit Lehrerinnen und Lehrern mit multikultureller Kompetenz gestärkt und verstärkt werden. Das ist mein vom Herzen kommender Appell.

Balkenhol:

Der zweite Aspekt war, und Herr Böse, Sie würden gerne dazu etwas sagen, ob die Jugendlichen über die Moscheevereine überhaupt erreichbar sind.

Böse:

Das ist eine Frage, die ich auch gerne beantwortet hätte. Wenn es heißt, nur 15 % der Muslime in Deutschland sind in solchen Moscheevereinen organisiert – wie kann man sie erreichen? Ich halte eine Menge von sozialer Prävention, wenn solche Moscheevereine mit eingebunden werden in die Präventionsnetze, die es ja in vielen Kommunen in Deutschland gibt, in die auch die Kirchen in vielen Fällen mit eingebunden sind, alle Organisationen vor Ort. Es gibt eine Vielzahl von Vereinen, von Zusammenschlüssen, die häufig nur eine Straße voneinander entfernt sind, aber nichts voneinander wissen. Wenn hier die Moscheevereine mit eingebunden werden, kann es auch weiter helfen. Aber: gibt es so etwas wie soziale Kontrolle durch Moscheevereine, und was bedeutet das dann. Ich glaube, da könnte der Islamwissenschaftler etwas dazu sagen. Diese Fragen interessieren mich auch brennend.

Aber wenn Sie gestatten, darf ich noch etwas zu der Dame aus Hamburg sagen: Ich will auf keinen Fall Jugendkriminalität reduzieren auf Jugendliche mit Migrationshintergrund. Aber ein Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt nun mal bezogen auf die Länder, dass solche Jugendlichen bis hin zu den 21jährigen in aller Regel überdurchschnittlich repräsentiert sind. Ich gebe Ihnen gerne zu, dass wir enorme Probleme haben mit den sogenannten Russlanddeutschen, und ich kann als jemand, der für Norddeutschland Verantwortung trug, ein Lied von singen. Aber das sollte man nicht gegeneinander aufrechnen. Ich will Ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Wir hatten früher in der polizeilichen Kriminalstatistik – früher heißt: bis 1995 – nur das Merkmal Ausländer. Und dann kam die Forderung auf, in Berlin zumal, aber auch anderenorts, dies würde Ausländer diskreditieren und diskriminieren, man möge doch bitte dieses Merkmal aus der PKS herausnehmen. Also: Die PKS ist doch nicht dazu da, um Menschen zu diskreditieren und zu

diskriminieren, sondern sie soll der Polizei Erkenntnisse liefern über Täter – wer von der Polizei ist, weiß das alles, und wir haben dann vorgeschlagen, eine Zweiteilung dieses Merkmals vorzunehmen. Das war eine Berliner Initiative damals zu unterscheiden zwischen den sogenannten Reisenden und denen, die bei uns leben. Es hat den hier lebenden Ausländern unheimlich genützt, weil sich dann nämlich herausgestellt hat, dass diese Zahlen sehr zu differenzieren sind. Also das ist eine ideologische Diskussion, die man nicht führen sollte. Man darf die Augen nicht verschließen vor den Zahlen, und wenn hier eine Zahl höher ist, dann muss man sich darum kümmern, sowohl die Polizei, als auch diejenigen, die politisch dafür verantwortlich sind.

Und ein Wort zu „Ghetto“. Ich mag das Wort auch nicht. Als es in Berlin völlig verboten war, überhaupt darüber zu reden, wenn Sie nicht gleich von den Medien geschlachtet werden wollten als einer, der in der ganz rechten Ecke stand, habe ich das Wort „Desintegrationszone“ verwendet. Das hat zwar kaum jemand verstanden, aber es ist das Gleiche. Und diese Zonen gibt es nun einmal in unseren Großstädten. Ich fand das Zeitungszitat vorhin sehr gut: „Deutschland ist hier sehr fern“. Und es gibt solche Gebiete, und das hat nicht nur etwas mit Folklore zu tun, sondern das hat mit Abgrenzung zu tun und mit all dem, weswegen wir ja hier zusammensitzen. Also „Ghetto“ mag ich nicht, ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, dass wir uns nicht beeindrucken lassen dürfen von dieser eng gezogenen Linie der political correctness, in Deutschland zumal, sondern diese Linie auch verantwortungsvoll weitertreiben müssen. Und ich fand das sehr gut, was hier eingangs gesagt wurde, gerade dieses Projekt zeigt ja doch, dass man damit aufräumen will, weil wir eben nicht weitergekommen sind mit dem Bild der Gutmenschen.

Balkenhol:

Brennt Ihnen noch eine Frage auf der Seele, irgendjemandem? Oder jemandem auf dem Podium ein Beitrag? Bitte Herr Kiefer.

Kiefer:

Noch ein Nachtrag zum Thema Lehrstühle für islamische Theologie. Es gibt mittlerweile einen Lehrstuhl für islamische Theologie in Münster. Zu diesem Lehrstuhl gibt es auch einen Beirat, meines Wissens ist auch DITIB mit an diesem Beirat beteiligt, die anderen Organisationen auch. Darüber hinaus gibt es in Nürnberg-Erlangen ebenfalls einen Lehrstuhl, oder es wird ihn geben, der Ruf ist noch nicht erfolgt, das wird aber bald kommen. Und es gibt außerdem in Osnabrück gemeinsam mit Erfurt ebenfalls eine Religionslehrausbildung, die in zwei oder drei Jahren in eine bodenständige Lehrerausbildung überführt werden soll. Das hieße, auch dort käme ein ordentlicher Lehrstuhl hin. Das heißt also, wir haben in ein paar Jahren für die Lehrerausbildung, zumindest für die Lehrerausbildung, doch reguläre Ausbildungsgänge, die für die Schulen entsprechend gut ausgebildetes Lehrpersonal freistellen.

Dann brennt mir noch was anderes auf der Seele. Seit 2001 wird ja unheimlich viel über Islamismus, Terrorismus geredet. Worüber aber keiner spricht: wir haben keine empirisch harten Befunde, inwieweit islamistische Denkmuster z.B. bei Jugendlichen verbreitet sind. Es gibt keine einzige Untersuchung, mit der versucht worden wäre, das Problem zu erfassen. Wir wissen ebenfalls nichts darüber, welche Veränderungen die neue Medienlandschaft gebracht hat. Im Fernsehen, vor fünf Jahren aufgezogen Al-Dshasira, Al-Arabia, Sie alle kennen diese Namen, und einige

andere Geister aus einer weniger schönen Ecke, die viel islamistisches Gedankengut auch hier in die Wohnzimmer hineinbringen. Und über die Auswirkungen dessen wissen wir faktisch nichts. Wir wissen nicht, wer sich das ansieht, wie viele Menschen sich das ansehen und welche Auswirkungen das hat. Hier besteht ein ganz enormer Forschungsbedarf. Das ist übrigens keine Polizeiarbeit, das ist ein Auftrag, der an die Universitäten auszugeben ist, dass entsprechende empirische Studien angefertigt werden und man endlich mal Grund in diese ganze Geschichte hineinbringt. Denn es wird unheimlich viel mit Mutmaßungen hantiert und mit wenig präzisiertem Wissen.

Balkenhol:

Stimmt das, Herr Kersten?

Kersten:

Also es gibt natürlich keine großen Erhebungen, aber es gibt von Werner Schiffhauer eine Untersuchung, warum gerade für gebildete Jugendliche aus dem Migrantenmilieu radikale Haltungen attraktiv sind. Und da habe ich meine eigene Erfahrung, welche Leute sich für die radikale Kritik an der Staatsmacht interessiert haben und wie schnell die sich radikalisiert haben. Da sind Intellektuelle immer ein bisschen schneller als diejenigen, die Steine schmeißen oder Brandsätze werfen. Wir haben die Fatwa, vor zwei Tagen in Frankreich erlassen von der größten islamischen Vereinigung, die es gibt. Und die hat auf diese Jugendlichen überhaupt keine Wirkung gehabt. Das muss uns klar sein, wenn die Verhältnisse so sind, wie sie da sind, dann können die Moscheevereine genau so viel ausrichten wie eine Adventsansprache des Bundespräsidenten. Es gibt die Forschung, die zeigt, das Radikalismusproblem ist ein Problem der Intellektuellen. Und wenn Sie nach Wilhelmsburg gehen und sehen, wer ist da aktiv: das sind Rechtsanwälte, das sind Ladenbesitzer, das sind Ärzte. Wer bei Milli Görös oben drin sitzt und wer da mitmacht, das sind nicht die armen „Aldi-Tütenträger“, sondern das sind Repräsentanten einer gewissen Elite. Das ist ein Problem, das wenig bekannt ist. Ansonsten: für mich ist überhaupt kein Unterschied zwischen den Spätaussiedler-Kids und den anderen, sondern wir reden über eine Gruppe, und die hat verschiedene Merkmale, eine davon ist Ethnie, die Bildungssituation der Eltern, der Spracherwerb der Mütter und der kulturelle Austausch zwischen solchen segregierten Ethnien und der Hauptgesellschaft.

Balkenhol:

Vielen Dank, auch für die konzentrierte Diskussion hier auf dem Podium und für Ihre Mitarbeit. Viele Fragen sind offen, ein paar sind beantwortet, und das gibt Ihnen Gelegenheit, morgen in den Arbeitsgruppen und in der restlichen Tagung noch viele Dinge zu besprechen. Ich wünsche Ihnen dabei gutes Gelingen und möchte für heute den Vorhang schließen.